

Die deutsche Entwicklung

hat eine Krise glücklich überstanden; denn eine solche und zwar höchst bedenklicher Natur war in Folge des in Bayern und Württemberg an den Tag gelegten Widerstrebens gegen die mit Preußen abgeschlossenen Verträge eingetreten. Die Krise ist überwunden und zwar in einer Art und Weise, welche uns nicht bedauern läßt, daß dieselbe eingetreten war.

Die Frage zwischen dem Nordbunde und Süddeutschland mußte doch einmal zum Austrag kommen; die Frage, ob Süddeutschland, abgesehen von dem im Nordbunde geeinigten Deutschland eignen Gesetzen, oder was noch schlimmer — der Attraktionskraft einer nichtdeutschen Macht folgen könne?

Alle Elemente des Preußenhasses, welche der Süden in sich trägt, Radikale, Ultramontane und Partikularisten scharten sich um diese Frage, welche sie als eine Frage der durch preußische Vergewaltigungsgelüste bedrohten Selbstständigkeit darstellten und machten in Presse und Versammlungen, wie in den Repräsentativ-Körperschaften alle Argumente geltend, welche die Leidenschaften erregen und das Urtheil bestechen oder verwirren konnten.

Aber nachdem sie die Frage bis auf die Spitze getrieben hatten, brach die Spitze ab und der gesunde Sinn der Bevölkerung segte über alle Phantastereien und Leidenschaften und der Partei-Verblendung.

Die Frage ist auf solche Weise nicht bloß gelöst — sie ist auch erschöpft worden und kann nicht sobald wieder aufgenommen werden; sie ist aber auch mit einer Raschheit gelöst worden, welche einen glänzenden Kontrast gegen die frühere Verschleppung der wichtigsten Lebensfragen der Nation auf politischem und volkswirtschaftlichem Gebiete gewährt und dadurch das berechtigte Zeugniß abgelegt für den Vorzug der neuen staatlichen Ordnung in Deutschland, so wie für das staatsmännische Genie derer, die zu ihrer Handhabung berufen sind.

Der Nordbund hat seine Kraft gegen Süddeutschland erprobt und Graf Bismarck hat wieder die Erfahrung gemacht, daß die Verblendung seiner Gegner den Plänen seiner Politik den besten Vorbehalt leistet. Wie einst die Verblendung der Dänen zu einer durchgreifenden Lösung der schleswig-holsteinischen Frage führte, wie der Eigensinn und die Hoffahrt Oesterreichs im Bunde mit der Rivalität der deutschen Mittelstaaten zu einer Entscheidung der deutschen Frage durch Blut und Eisen nöthigte, so hat jetzt der Starrsinn der Süddeutschen zu einer Entscheidung über die Hülfsbedürftigkeit und daraus entspringende Abhängigkeit des Südens vom Norden geführt, über welche jene täuschen wollten und täuschen konnten, wenn sie durch rechtzeitiges Einlenken sich den Schein der Freiwilligkeit bewahrt hätten. Jetzt kann Niemand mehr über die wahre Sachlage im Zweifel sein, am allerwenigsten die, welche im Süden den Kern einer Preußen bedrohenden Opposition heranwachsen sahen und durch Anlehnung an das Ausland gegebenen Falls stärken zu können vermeinten.

Es ist aber jetzt, nachdem die Entscheidung gefallen ist, wohl an der Zeit, und Preußen wird es nicht versäumen, rasch und energisch mit den organischen Einrichtungen vorzugehen, welche der neue Zollvereins-Vertrag in Preußens Hände legt, damit, was jetzt vertragmäßig verbunden ist, auch innerlich zusammen wachse.

Wir leben in einer Zeit großer Entwicklungen, welche Hoffnungen und Wünsche, mit denen wir Jahrzehnte drangvollen Ringens ausfüllten, zu unvermutheter Erfüllung bringen; wie in den meisten Fällen fügen sich dem kühnen Entschlusse die Umstände leichter und günstiger, als gedacht werden konnte; aber die Wirren unserer Tage, welche keinen weiten und sicheren Blick in die Zukunft gestatten, mahnen auch um so eifriger und dringlicher daran, das Nothwendige nicht dem kommenden Tage anzuvertrauen, wenn der gegenwärtige es in Sicherheit zu bringen vermag.

Glücklicher Weise spricht sich in der Leitung der preußischen wie der deutschen Angelegenheit ein Charakter aus, der weder die Kühnheit des rechtzeitigen Handelns noch die Besonnenheit der Vorbereitung vermissen läßt, sondern Siege eben so mächtig zu erlangen, als deren Erfolge sicher zu stellen weiß!

Deutschland.

□ **Berlin, 2. November.** Die Stellung, welche die Regierungen und Landesvertretungen Baierns und Württembergs in der nationalen Frage Preußen gegenüber jetzt eingenommen haben, ist von der weittragendsten Bedeutung. Es ist damit der Beweis gegeben, daß sämtliche Faktoren der dortigen Staatsleitungen das Bedürfnis einer dauernden Gemeinschaft mit Preußen und Norddeutschland empfinden und daß sie darin die beste Garantie für die Sicherheit und die Wohlfahrt Deutschlands erkennen. Damit ist den Bestrebungen der Feinde Deutschlands, welche ihre Hoffnungen auf den Partikularismus gesetzt haben, der Weg abgeschnitten, denn im Angesicht dieser Thatsachen werden die Machinationen der Gegner nicht mehr in so drastischer Weise hervortreten können, wie dies bisher so häufig in den Organen der Ultramontanen und der Republikaner in Süddeutschland geschehen ist. — Eine Wiener Korrespondenz der „Deutschen Allgem. Ztg.“ meldet, daß sich nach einer beachtenswerthen Mittheilung aus Paris eine von Oesterreich lebhaft unterstützte Annäherung Frankreichs und Preußens vorbereite, die zugleich eine volle Auseinandersetzung zwischen Oesterreich und Preußen in sich schließen werde. Hierzu ist zu bemerken, daß insofern von einer Annäherung Frankreichs und Preußens nicht gut die Rede sein kann, als keine Entfremdung beider stattgefunden hat. Die Zeit des unsichern Zastens und Zühlens in der Politik ist als abgeschlossen zu betrachten. Die preußische Politik geht ihren Zielen, ohne nach Rechts oder Links zu sehen, besonnen und entschlossen entgegen, sie beeinträchtigt die Interessen Frankreichs nicht, sie duldet aber auch

nicht, daß ihren Interessen von anderer Seite in den Weg getreten werde. Zu einer vollen Auseinandersetzung zwischen Oesterreich und Preußen würde es übrigens andererseits der Vermittelung Frankreichs nicht bedürfen, da anzunehmen ist, daß der bedeutende Staatsmann, der die Geschicke Oesterreichs jetzt leitet, Freiherr von Beust, sich hinreichend befähigt fühlt, sich mit Preußen in allen großen politischen Fragen, so weit es den Interessen Oesterreichs entspricht, selbstständig und ohne fremde Vermittelung zu verständigen. — So weit sich übersehen läßt, scheinen die Wahlmänner-Wahlen im Großen und Ganzen sowie am 3. Juli 1866 ausgefallen zu sein. — Die aus Frankfurt a. M. hier eingetroffene Deputation hat mit den Kommissarien der betheiligten Ressortminister bereits mehrfache Verhandlungen gepflogen. Die Verhandlungen betreffen befanntlich die Auseinandersetzung des staatlichen und städtischen Vermögens der Stadt, wobei mannigfache Schwierigkeiten zu überwinden, namentlich auch die Frage wegen des Eigentumsrechts an den dortigen Eisenbahnen zu lösen ist. — Aus Wiesbaden sind Delegirte der dortigen Spielgesellschaft hier eingetroffen, um die Interessen ihrer Vollmachtgeber wahrzunehmen. Man will wissen, daß die Ansprüche der Spielbank-Unternehmer jetzt nach den Reichstags-Verhandlungen bescheidener als früher auftreten. — Der Handelsminister Graf Jheynitz ist von seinem Gute Künersdorf bei Wriegen vorgestern hier wieder eingetroffen. — Der Ministerial-Direktor für die Eisenbahn-Angelegenheiten im Handelsministerium v. d. Red ist von Paris hierher zurückgekehrt. — Man hätte glauben sollen, daß die Berufung des Dr. Michaelis als Rath in das Bundeskanzler-Amt von der liberalen Presse mit Genugthuung aufgenommen werden würde, insofern sie die Absicht der Regierung bekundet, eine bedeutende Kapazität für den Staatsdienst zu verwenden, obschon dieselbe der Opposition angehört und sich noch jetzt nicht ganz dem Regierungssystem angeschlossen hat. Dies ist indessen nicht überall der Fall. Es fehlt nicht an den gewöhnlichen Verfeinerungen und Negerleien und es fehlt sogar nicht an den üblichen Ehrentiteln „Streber“ und „Renegat“. Wir führen den Fall besonders auch deshalb an, um wieder auf das Treiben der demokratischen Partei hinzuweisen. Berücksichtigt die Regierung nur die Konservativen, so macht die Demokratie Lärm und stellt sie Liberale als Beamte an, so macht sie erst recht Lärm. — Im Regierungsbezirk Dypeln ist die Kinderpest in solchem Umfange ausgebrochen, daß sich der Geh. Ober-Reg.-Rath Oppermann im Auftrage der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten und des Kultus dahin begeben hat, um die geeigneten Maßregeln gegen die Seuche zu treffen. Die Orte und Höfe, wo sich die Krankheit zeigt, sollen durch einen militärischen Kordon abgesperrt und das Vieh, das mit pestkranken Thieren in Berührung gekommen ist, unachtsam getödtet werden. Man hofft der Seuche in Kurzem Herr zu werden.

□ **Berlin, 3. November.** Se. Majestät der König begab sich am Sonnabend Abend 10 Uhr nach Babelsberg, wurde dort Sonntag Morgen von den Kronprinzlichen Herrschaften begrüßt und stattete alsdann im Neuen Palais einen Gegenbesuch ab. Dem Vormittagsgottesdienste in der Friedenskirche wohnten die Allerhöchsten und Höchsten Heerschaften bei, und an der Familientafel erschienen auch Se. Kaiserl. Hoh. der Herzog von Leuchtenberg, welcher Mittags zur Begrüßung der Majestäten, der Prinzen und Prinzessinnen des hohen Königshauses, der anwesenden Fürstlichen Gäste u. nach Potsdam gefahren war. Nach Aufhebung der Tafel kam Se. Majestät der König wieder nach Berlin.

— Man schreibt der „K. Ztg.“ von unterrichteter Seite aus Berlin: „Die Bemühungen der französischen Regierung, einen europäischen Kongreß zur Regelung der römischen Frage zu Stande zu bringen, dürften zunächst an dem Widerspruche des heiligen Stuhles scheitern, diesen Kongreß zu beschicken, sobald derselbe sich nicht mit der Frage wegen Herstellung des Kirchenstaates in seinem früheren Umfange beschäftigen würde. Es widerstreitet außerdem dem Begriffe der römischen Kurie über ihre Prärogative, sich der Entscheidung weltlicher Mächte zu unterwerfen, und so würde denn schon aus diesen Ursachen der Kongreß nicht zusammentreten können. Aber auch bei den Regierungen von England, Preußen und Rußland müssen sich Bedenken aufdrängen, daß jetzt ein Kongreß eine Angelegenheit in die Hand nehmen soll, welche bisher in selbstständiger Weise theils von Frankreich allein, theils von Frankreich und Italien der Regelung entgegengeführt wurde. Rom und Italien sind auf eine Verständigung durch die Lage der Verhältnisse wie durch die Stellung der Kurie als italienische Macht angewiesen, und eine Regelung der Streitfrage, welche den Wünschen und nationalen Hoffnungen Italiens nicht entsprechen würde, wäre auch nicht geeignet, den Frieden Italiens zu sichern. Die Einmischung eines europäischen Kongresses in diese nationale Angelegenheit würde gewiß zu einer größeren Verwirrung als die bisher herrschende führen. Dazu kommt, daß eine Verständigung des römischen Stuhles mit Italien der Kurie eine größere Würde gewährt, als die Vereinbarung europäischer Regierungen über die dem Papste zu gewährenden Civilliste, welche wiederum von der Zustimmung der Landesvertretungen abhängig ist.“ Wir glauben kaum, daß das Ausbleiben eines päpstlichen Gesandten ein Hinderniß des Kongresses sein würde.

— Um den nothleidenden Landestheilen der Provinz Preußen, soweit es durch Verminderung der Transportkosten für die hauptsächlichsten Nahrungsmittel geschehen kann, nach Möglichkeit zu Hilfe zu kommen, hat, wie der „Staatsanz.“ in seinem nicht-amtlichen Theile meldet, der Handelsminister außer den bereits mitgetheilten Tarifiermäßigungen für Getreide, Hülsenfrüchte und Kartoffeln nunmehr auch für die Sendungen von Graupen, Ortes, Gröhe, Wehl und Reis nach den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen die Herabsetzung des Tarifs um 33 1/2 Prozent

für die Zeit bis zum 1. Juli 1868 auf der königlichen Ostbahn und den von der königlichen Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn verwalteten Bahnen angeordnet, beziehungsweise in Anregung gebracht.

— Die vereinigten Ausschüsse des norddeutschen Bundesrathes für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr versammelten sich gestern zur Berathung über den Anschluß von Lübeck an den Zollverein.

— Der Thatbestand der Explosion am Potsdamer Bahnhofe ist jetzt vollständig festgestellt, und zwar hat ein unter den Postkassen unversehrt gebliebener Brief an die Magdeburger Firma Engelhardt und Siebe auf die Spur der Schuldigen geleitet. Die Abfender der unheilvollen Sendung — einer Riste voll Knallsilber-Präparate — sind die Inhaber der hiesigen Firma Knappe u. Wandler, Blech- und Zinkfabrik. Die Schuldigen sind bereits verhaftet worden.

— Wiewohl ein sicheres Urtheil über den Ausfall der Urwahlen und demgemäß eine Prognose über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus sich noch nicht abgeben läßt, so ist doch schon jetzt anzunehmen, schreibt die „D. B. Z.“, daß die Wahlergebnisse eine wesentliche Verstärkung der nationalen Partei, allerdings auch einen Zuwachs für die Konservativen bringen werden, daß dagegen die Fortschrittspartei, selbst in der Rheinprovinz, große Einbuße erleidet.

□ **Kiel, 31. Oktober.** Se. Königl. Hoheit Prinz-Admiral Adalbert traf heute mit dem Morgenzuge hier ein, begab sich an Bord der Panzerfregatte „Kronprinz“ und machte mit derselben eine Probefahrt in See. Nachmittags lief die Panzerfregatte hier wieder ein.

□ **Dresden, 2. November.** Das heute an die zweite Kammer gelangte Finanzgesetz veranschlagt die direkten Steuern für 1868 und 1869 auf 9 Pf. Grundsteuer und 2 Pf. Zuschlag pro Einheit, die Gewerbe- und Personalsteuer mit drei Fünftheilen Zuschlag (statt vier Fünftheile), also ermäßigt gegen 1867 um ein Fünftheil. Ueber die Gewerbe- und Personalsteuer wird eine besondere Vorlage an die Stände gelangen, wodurch eine wesentliche Erhöhung dieser Steuer, wenigstens in vielen Abtheilungen derselben, beabsichtigt wird, welche die Zuschlagsabänderung ausgleicht. Auch wird die Einführung einer Wechselstempelsteuer beabsichtigt.

□ **München, 2. November.** Die vom bayerischen Episcopat an den König gerichtete Vorstellung, den Schulgesetz-Entwurf dem Landtage nicht vorlegen zu lassen, ist auf Befehl Sr. Majestät von dem Kultusministerium abschlägig beschieden worden. Der Bescheid sagt, daß eine Reform des Volksschulwesens Bedürfnis sei, und daß eine Demonstration, noch ehe die Vorlage gemacht, vortheilig sei, und die Veröffentlichung derselben nur die Agitation vergrößern müsse, die Befürchtungen der Bischöfe seien unbegründet, denn dem Religionsunterricht sei die gebührende Stellung gewahrt, ebenso die Mitwirkung der Kirche bei der Schulaufsicht. Indem sich die Regierung freie Wahl der Personen für die technische Aufsicht vorbehalte, schließt dies nicht aus, daß sie tüchtige Geistliche dazu berufen könne.

Ausland.

□ **Wien, 3. November.** Die „Presse“ sagt, daß einerseits der Versuch, eine Gruppierung der abendländischen Staaten herbeizuführen, andererseits die Besprechung der italienischen Frage den Staatskanzler von Beust zur Reise nach London veranlassen. — Bezüglich der interkonfessionellen Frage meldet dasselbe Blatt ferner: Die Regierung ist geneigt, das Prinzip der fakultativen Civilehe und den Unterschied zwischen konfessionellen und Staatskirchen zu adoptiren. — Die Unterhandlung mit Rom ist neuerdings beschleunigt. — Die Regierung steht im Begriff, mit Rumänien eine Postkonvention und einen Vertrag abzuschließen, welcher die österreichischen Konsulate bei Ausübung der Jurisdiktion über österreichische Unterthanen vollständig beschränkt.

□ **Wetzl, 2. November.** Das Unterhaus beschäftigte sich heute mit dem Vorgehen der Regierung, gegenüber den renitenten Municipien; die Diskussion über das Verfahren gegen Bösgörmi wurde deshalb vertagt. Der Honved-General Perczel bekämpfte in seiner Rede die revolutionäre Politik Rossuth's.

□ **Triest, 2. November.** Der Lloyd-Dampfer bringt folgende Nachricht aus Alexandrien vom 27. v. Mts.: Englische Truppen gehen heute nach Massuah ab.

Ueberlandspost: Bombay, 14. Oktober. Am 7. d. ist die erste Brigade der abyssinischen Expedition von Aden nach Massuah abgegangen. Oberst Merewether hatte in Aden eine lange Unterredung mit dem Gesandten des Königs von Schoa. — Der König von Bima hat alle von England verlangten Zugeständnisse bewilligt.

□ **Paris, 2. November.** Heute war in St. Cloud Minister-rath. — Die italienische Regierung weist überall das Verlangen nach Bornahme eines Plebiscits in den päpstlichen Staaten zurück. — Einer Mittheilung des „Moniteur“ zufolge ist die Panzerflotte wieder in Toulon eingetroffen und der Dampfer „Canada“ mit dem General Bataille abgegangen. Truppen, Pferde und Geschütze werden auf 10 Fahrzeugen, die heute Abend in See gehen, eingeschifft. — Wie die „Presse“ versichern zu können glaubt, werde der „Moniteur“ morgen eine Note über die Entschlüsse, welche die französische Regierung Angesichts der neuesten Ereignisse in Italien gefaßt hat, veröffentlichen.

— Man bezeichnet aufs Neue den Rücktritt des Herrn v. Lavalette als entschieden und nennt als seinen Nachfolger abwechselnd die Herren Chevreau, Pinard und Genteur, neuerdings aber mit großer Bestimmtheit den General Bévère, einen Adjutanten des Kaisers. Die Berufung eines Generals an die Spitze der inneren Verwaltung würde in diesem Augenblicke sehr auffallend sein. Thatsache ist, daß den Kaiser, vielleicht mehr als alles An-

vere, die Stimmung in der Hauptstadt beunruhigt, welche in der That selbst nach dem Gesändnis offizieller Personen viel zu wünschen läßt.

Paris, 2. November. Der „Moniteur“ verkündet, daß die französische Regierung jede Volksabstimmung im päpstlichen Gebiet ablehnt. — Der „Pays“ versichert, daß die Stärke der auf päpstlichem Gebiete befindlichen französischen Truppen aus drei Divisionen, welche im Ganzen 6 bis 7000 Mann zählen, besteht. — General della Marmora ist in Paris eingetroffen. — Der Kaiser von Oesterreich hat dem Marquis de Moustier das Großkreuz des St. Stephans-Ordens in Diamanten verliehen. — Die „Epoque“ sagt, daß das Circular Menabrea's beim Publikum einen unangenehmen Eindruck gemacht hat. — Die „Patrie“ beantwortet den Artikel des „Constitutionnel“ und hält ihre früheren, in dem Artikel über das Einrücken der Italiener in die päpstlichen Staaten ausgesprochenen Ansichten aufrecht.

Auf dem Boulevard wurde um 10 Uhr Abends 3% Rente zu 67,40 gehandelt. Die Stimmung war sehr matt.

Paris, 3. November. (Tel. Dep. v. R. 3.) Der „Moniteur“ meldet: der Minister des Auswärtigen hat an den französischen Geschäftsträger in Florenz folgendes Schreiben gerichtet: Paris, 1. November 1867. Mein Herr! Indem der König Victor Emanuel energisch verkündete, daß alle Bürger vor internationalen Verpflichtungen Achtung beweisen müßten, indem er sich bereit erklärte, die Unordnungen zu unterdrücken, die Autorität der Regierung und die Unverletzlichkeit des Gesetzes aufrecht zu erhalten, hat er in uns die Hoffnung erweckt, daß der neue Minister, mit festem Schritte in der Bahn, die ihm vorgezeichnet, fortzuschreitend, durch wirksame Mittel alle revolutionären Antreiber zu entmuthigen werde um die moralische und materielle Ordnung wieder herzustellen. Eine solche Politik, ausgeführt ohne Zaudern und ohne unkluges Zugeständnis an die Parteileidenschaften, die zu bekämpfen man sich zur Aufgabe gestellt, müßte die unmittelbare Beruhigung der fürchtbaren Krisis herbeiführen, die Italien in diesem Augenblicke zu bestehen hat, um Angesichts derselben eine Lage wieder herzustellen, die mit unserem inneren Wunsch übereinstimmt und so die wechselseitige Aufgabe der beiden Regierungen erleichtert. Nur mit peinlichem Eisaunen können wir daher den Entschluß des italienischen Ministers erfahren, Punkte des päpstlichen Gebietes zu besetzen. Wir wollen heute nicht die Gründe besprechen, durch die man diese Handlungsweise zu motiviren sucht, die dem Völkerrechte so widersprechend ist; aber es liegt uns daran, ohne Verzug den Eindruck kund zu geben, den der Entschluß des Kabinetts von Florenz auf uns hervorgebracht hat. So beschränkt die Intervention auf dem päpstlichen Gebiete sein, so schnell sie aufhören und so viele Rücksichten man dabei zu beobachten suchen mag: die französische Regierung, welche eine solche Einnischung stets getadelt und davon abgerathen hat, kann sie in keiner Art mit ihrer Billigung bedenken. Wenn die italienische Regierung glaubt, von uns auch nur eine schweigende Zustimmung erwarten zu dürfen, so ist das eine Täuschung, die wir nicht ansehen dürfen, zu zerstreuen, und Sie werden derselben ausgesprochen, mit wie lebhaftem und aufrichtigem Bedauern wir sehen, daß sie sich von einer Linie des Handelns entfernt, die nach unserer Ueberzeugung die einzige ist, die dem Interesse Italiens entspricht. Empfangen Sie etc. Moustier.

Toulon, 2. November. Die Einschiffungen von Truppen und Pferden dauern ununterbrochen fort.

Florenz, 2. November. Nach den Abendzeitungen haben die Franzosen bereits Viterbo besetzt und marschiren auf Velletri. Die Journale besätigen, daß die italienische Regierung im Kirchenstaate überall die von der Bevölkerung über ihren Anschluß an Italien verlangte Abstimmung zurückweist. — Garibaldi hat eine neue Proclamation erlassen, welche mit den Worten schließt: Wir müssen mit unserem Unternehmen zu Ende kommen und zwar in kurzer Zeit. — Man nimmt hier an, daß ein Kampf zwischen den Garibaldianern und den päpstlichen Truppen nahe bevorstehe.

Garibaldi war gestern in Montetotondo. Mit Ausnahme Frosinone's haben die italienischen Truppen bis jetzt keine bedeutende Stadt auf päpstlichem Gebiete besetzt.

Florenz, 2. November. Die Mittheilungen der bleibenden Blätter über die Haltung der französischen Regierung gegenüber dem Einmarsch der italienischen Truppen in den Kirchenstaat lauten widersprechend. Der „Diritto“ will von einer neuerdings eingetroffenen französischen Note wissen, in welcher das Pariser Cabinet erklärt haben soll, Frankreich werde jedes Eingeben der italienischen Regierung auf die Plebiscite der Bevölkerung des Kirchenstaates als einen casus belli ansehen. — Der „Opinione“ zufolge ist die Nachricht unbegründet, daß die französische Regierung in einer an das Florentiner Cabinet gerichteten Note die Räumung des Kirchenstaates seitens der italienischen Truppen gefordert habe. Frankreich soll nur die Erklärung haben abgeben lassen, daß die Intervention Italiens allerdings eine Situation schaffe, aus welcher erste Schwierigkeiten hervorgehen könnten; über ihre fernere Haltung habe die französische Regierung bei dieser Gelegenheit keine Andeutungen gegeben. — Nach Eintreffen der Franzosen in Rom hat der größte Theil der päpstlichen Garnison die Stadt verlassen, um die Operationen gegen die Garibaldianer nachdrücklicher fortzuführen. Dem Vernehmen nach ist Garibaldi noch immer in Montetotondo. — Die „Italia“ bemerkt anläßlich der neuerdings in Florenz vorgenommenen Verhaftungen, daß dieselben sich auf mehrere Individuen erstreckt haben, welche des Verführung beschuldigt sind, Soldaten von ihren Pflichten abwendig zu machen. Außerdem habe man in verschiedenen Städten aufzührensche, an die Arme gerichtete Proclamationen mit Beschlagnahme belegt. Die Regierung habe dieses Komplotz entdeckt und verurteilt. Mehrere bourbonische Agenten seien gleichfalls verhaftet.

Rom, 31. Oktober. Man ist eifrig beschäftigt mit dem Ausbessern der alten und der Konstruktion neuer Festungswerke.

London, 2. November. Die „Anglo-Amerikanische Korrespondenz“ erzählt, daß der Freiherr v. Beust aus Paris eingetroffen und beim österreichischen Gesandten abgestiegen ist. Montag wird derselbe London wieder verlassen.

3. November. In hiesigen diplomatischen Kreisen spricht man von einem Rundschreiben, welches Freiherr von Beust von Paris aus an die Vertreter Oesterreichs bei den Großmächten erlassen haben soll. Dasselbe enthalte die Gesichtspunkte, von denen aus Oesterreich die neuesten Ereignisse ins Auge fasse. Freiherr

v. Beust, davon ausgehend, daß Oesterreich und Frankreich in allen augenblicklich schwebenden Hauptfragen übereinstimmen, ohne jedoch geradezu eine Allianz geschlossen zu haben, führt angeblich bezüglich der italienischen Angelegenheiten aus, daß Oesterreich, obwohl der September-Konvention nach wie vor fernstehend, doch eine Konferenz zur Regelung der Nörmischen Frage eventuell beschicken würde. In Bezug der deutschen Angelegenheiten soll der österreichische Reichskanzler wiederum auf den Prager Frieden als die Basis der österreichischen Anschauungen hinweisen und besonders hervorheben, daß Oesterreich den deutschen Staaten die volle Selbstbestimmung für die Regelung ihrer Verhältnisse zugestehet. Die orientalische Politik anlangend, betone das Rundschreiben das volle Einverständnis Oesterreichs und Frankreichs.

Kopenhagen, 2. November. Gestern ist der bisherige Marineminister, Admiral van Doornik, vom Amte zurückgetreten. Sein Nachfolger ist der frühere Direktor im Marineministerium, D. F. Sørensen.

Kopenhagen, 3. November. Die Uebergabe der westindischen Inseln an die vereinigten Staaten ist bald bevorstehend, weshalb Herr Nothe, der hier anwesende Präsident jener Inseln, Befehl zur Abreise erhalten hat. — Ob allgemeine Abstimmung vorbehalten, ist unbekannt.

Petersburg, 2. November. Auf den Wunsch der Regierung stellt auch die „Deutsche Petersburger Zeitung“ ihre zum Schutze der Interessen der Ostseeprovinzen gegen die altrussische Partei geführte Polemik ein. — Gutem Vernehmen nach beabsichtigt die Regierung, bezüglich der Ostseeprovinzen nur dem Kaiserlichen Ufaze von 1850 Geltung zu verschaffen, wäre aber im übrigen fest entschlossen, dem Drängen der altrussischen Partei in keiner Weise Rechnung zu tragen.

Unter sämtlichen Organen der russischen Presse nimmt nur ein einziges den Ostseeprovinzen gegenüber eine freundliche Stellung ein, die „Wiest“, welche die Interessen des Adels und des großen Grundbesitzes in Russland vertritt. Die Solidarität dieser Interessen macht dieses Journal zu einer Vertheidigerin der baltischen Zustände gegen die Angriffe der russischen Demokratie.

Konstantinopel, 2. November. Aus Kandia wird gemeldet: Ali Pascha hat am 31. Oktober eine Proclamation an die Kretenser erlassen, in welcher er erklärt, daß der Waffenstillstand noch an demselben Tage erlöschet. Es sei nun der Augenblick gekommen, energisch zur Paktifizierung und administrativen Reorganisation der Insel unter Beistand der Delegirten der Bevölkerung zu schreiten. Es werden außerdem folgende Maßnahmen und Anschauungen angekündigt, welche für die Folgezeit maßgebend sein sollen: Die Gerichte treten von nun an wieder in Wirksamkeit; die Lokalbehörden sind angewiesen, den dringenden Bedürfnissen der Bevölkerung ihre Fürsorge zuzuwenden. Jeder ausländische Freiwillige, gleichviel unter welchen Verhältnissen er ergriffen wird, soll vor ein Kriegsgericht gestellt und nach dem Kriegsgesetze abgeurtheilt werden. Jeder türkische Unterthan, welcher mit den Waffen in der Hand ergriffen wird oder sonst nachweislich der Insurrektion Vorschub leistet, wird vor ein gemischtes Tribunal gestellt und von demselben abgeurtheilt werden.

Pommern.

Stettin, 4. November. Nachdem die Zuschüttung des Festungsbassens genehmigt worden ist, wird die Eisenbahn-Verwaltung die Ausführung der Arbeiten übernehmen und zum Theil den neuen Schienenweg darüber hinwegführen. Die Wälle an der grünen Schanze und am Schneckenhor werden beseitigt. Das dadurch gewonnene Terrain ist zum Bau mehrerer öffentlichen Gebäude bestimmt, u. a. wird durch die Erbauung eines staatlichen Post- und Telegraphengebäudes den langjährigen Klagen des Publikums, besonders des Kaufmannstandes, Abhilfe verschafft werden, welchem durch die gegenwärtigen, an verschiedenen Stellen der Stadt belegenen Postanstalten mannigfache Unzuträglichkeiten erwachsen. Außerdem beabsichtigt auf dem freierwerbenden Baugrunde auch der Militärklub mehrere größere Gebäude, u. a. ein bombensicheres Kasernement und eine Garnisonbäckerei aufzuführen, so daß für Privatbaustellen, wenn überhaupt, nur ein geringer Raum übrig bleiben würde. Nimmt man hinzu, daß auch der Viktoriaplatz an seiner jetzt noch offenen Seite durch ein neues Rathhaus abgeschlossen werden soll, so wird die Neustadt um eine ganze Anzahl statlicher öffentlicher Gebäude bereichert werden.

Wie die „N. St. Z.“ hört, wird das gegenwärtig als Zeughaus benutzte Marien- oder Frauenkloster an der Ecke der Junker- und Frauenstraße nach einer Bestimmung des Kriegsministers auch nach der Vollendung des neuen Arsenal's für militärische Zwecke verwendet werden, so daß die Hoffnung, daselbst eine Kirche zu errichten, vor der Hand nicht in Erfüllung gehen wird. Sollte das Frauenkloster einmal verfügbar werden, so ist es für eine Garnisonkirche in Aussicht genommen.

Nach der durch Allerhöchsten Erlaß vom 17. Juli 1862 genehmigten Klassifikation der zum preussischen Heere und zur Marine gehörenden Militärpersonen werden Unter-Kapitäne (früher Kurschmiede) zu den das Portepee nicht tragenden Unteroffizieren gerechnet, bleiben also, laut erneuter Verfügung des Finanzministers d. d. 8. v. Mts., für sich und ihre Familien von der Klassensteuer befreit.

Am 1. v. M. ist wiederum der Fall vorgekommen, daß einem die Elisabethschule besuchenden Kinde auf dem Flur des Schulgebäudes das Schulgeld, welches es in der Mappe bei sich führte, von einem bisher nicht ermittelten jungen Frauenzimmer entwendet wurde.

Da es häufiger vorkommt, daß die Bewohner der oberen Etagen in mit Wasserleitung versehenen Häusern nicht genügenden Wasserzulaß haben, hat sich die Ansicht geltend gemacht, daß im Allgemeinen der Druck nicht stark genug sei, um die erforderlichen Wassermengen regelmäßig in die Höhe zu treiben. Diese Ansicht ist indessen, wie uns von kompetenter Seite mitgetheilt wird, eine entschieden irrige und soll eine mangelhafter Zufluß des Wassers legalisch dann eintreten, wenn das im Hause befindliche Zuleitungsrohr namentlich in seinem unteren Theile zu eng ist. Es kommt also nur darauf an, diesen Uebelstand zu beseitigen.

Vorgestern Abend gegen 7 Uhr wurden der Schlossergeselle Barkow aus Bredow und dessen Ehefrau auf dem Wege nach Stettin in dem oberen Theile der Lindenstraße zu Grabow von

den Arbeitern Gebrüder Hurow aus Bredow, Fr. Plöz aus Grabow und Aug. Peetz, einem bereits vielfach bestrafte, höchst gemeingefährlichen Menschen aus Bredow Antheil angefallen und durch Messerstücke erbeutet. B. hat 6 Stiche, darunter einen vom Arzte als lebensgefährlich bezeichneten in das rechte Ohr erhalten und ist zur Kur nach dem Züllow'schen Krankenhaus geschafft, seine Frau erhielt dagegen einen Stich in den rechten Arm. Auf das dringende Geschrei der Letzteren ergreifen die Thäter die Flucht, sind aber bis auf Peetz gestern ermittelt und verhaftet. Sie sollen sich am demselben Abend auch noch ähnlicher Anfälle gegen einen hiesigen Kommissionsärz und einen Musiker sowie gegen zwei junge Schiffleute schuldig gemacht haben, wengleich sie die Thäterschaft durchgehends bestritten. — In der Nacht zum Sonnabend ist der Matrose Frauenknecht in der Steinstraße auf der Unterwiehl ebenfalls von 4 Personen angefallen und seines Schirmes beraubt worden; wahrscheinlich waren die vorerwähnten Personen auch in diesem Falle die Thäter.

Vor einigen Nächten wurden verschiedenen Personen, die im Kinof'schen Gasthose auf der Lastadie logirten und ebenso einem in demselben Hause wohnhaften Zimmergesellen aus seiner unverschlossenen Wohnung eine Menge Kleidungsstücke und sonstige Gegenstände; vorgestern Abend der Frau eines Komtoirboten, während sie auf kurze Zeit ihre Wohnung verlassen, aus der Küche verschiedene Gegenstände gestohlen. Die Ermittlung der Diebe ist bisher nicht gelungen.

Bei einem Kleiderhändler am Bohlenweg erschien vor einigen Tagen der Burische Fr. Haaber, gen. Kettig, aus Grabow, unter der Angabe, einen Rock und ein Tuch kaufen zu wollen. Nachdem er die Sachen ausgewählt, erklärte er, sein in Alt-Damm wohnhafter Vater werde gleich kommen und Zahlung leisten, weshalb im Laden etwas verweilen werde. Er benutzte nun die Gelegenheit, als inzwischen andere Personen im Laden erschienen waren, mit dem Tuch die Flucht zu ergreifen, wurde indessen später unter seinem richtigen Namen und Wohnort ermittelt und ihm das Tuch wieder abgenommen.

Ein Erkenntniß des Ober-Tribunals vom 11. Juli stellt folgenden Rechtsgrundsatz auf: „Der Arbeiter, welcher von dem Arbeitgeber Sachen zur Verarbeitung in den Räumen des letzteren erhält, erlangt dadurch nicht den Gewahrsam derselben. Nimmt er sie dort weg, so begeht er einen Diebstahl“ (also nicht Unterschlagung.)

Die Proben für die Schärpen und Portepees der Offiziere des norddeutschen Bundes unterscheiden sich von den preussischen Proben nur dadurch, daß in der Mitte der Bänder ein schmaler rother Streifen angebracht ist.

Für die Erbadung des Militär-Zwiebaks ist bestimmt worden, daß derselbe künftig in Formen von 6 3/4 Zoll Länge, 4 Zoll Breite und 3/8 Zoll Dicke hergestellt und mit Einschnitten nach Art der Ehololadentafeln versehen werden soll, um das Zerbrechen in 4 Stücke zu erleichtern und dem Abspringen und Verlorengelien einzelner kleiner Stücke vorzubeugen. Jeder Zwieback erhält demgemäß einen solchen Einschnitt in der Mitte der Längen- und einen andern in der Mitte der Breitenrichtung.

Stargard, 3. November. Zuverlässige Nachrichten zufolge sind die Wahlen der Wahlmänner im Saagig-Pyrischer Kreise überwiegend konservativ ausgefallen.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 2. November, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Constitution, Krüger; Louise Poll, Wammacher; Theodor, Fich; Pomernia, Buh, von Sunderland. Dangaister, Irvine, von Bortmahomad. Falas, Testin, von Loffmouth. Anna, Kühsen, von London. Larson, Jackson, von Aarhus. Jacobine, Olsen; Fortuna, Sörensen; Enigebden, Hansen, von Svendborg. Ariadne, Niekles; Maria, Weiß, von Sunderland. Letztere 2 lössen in Swinemünde. Wind: NW.

Börse-Berichte.

Stettin, 4. November. Witterung: regnigt. Temperatur + 6° R. Wind: SW.

An der Börse.
Weizen matter, per 2125 Pfd. loco gelber 93—103 1/2 \mathcal{R} bez., 83 bis 85 \mathcal{R} bez. gelber November 99 1/2, 99 \mathcal{R} bez., Frühjahr 96 1/2, 96 bez. \mathcal{R} bez. loco gefragt, Termine wenig verändert, pr. 2000 \mathcal{R} loco 69—75 \mathcal{R} nach Qual. bez., Posener u. Breslauer Labungen und Connoiff. 73—74 \mathcal{R} bez., Novbr. 72 1/2, 72, 72 1/2 \mathcal{R} bez., 72 \mathcal{R} bez., November-Dezember 69 1/2, \mathcal{R} bez., Frühjahr 69 1/2, \mathcal{R} bez., Br. u. \mathcal{R} bez.
Gerste matter, loco per 1750 Pfd. 53—53 1/2, \mathcal{R} bez., mährische und schlesische 54 bis 55 \mathcal{R} bez.
Hafer loco pr. 1300 Pfd. 34—35 \mathcal{R} bez.
Erbisen loco kleine Koch- 70—71 1/2, \mathcal{R} bez.
Hühner still, loco 11 1/2 \mathcal{R} Br., November 11 1/2 \mathcal{R} bez. u. Br., 11 \mathcal{R} \mathcal{R} bez., November-Dezember 11 1/2 \mathcal{R} Br., April-Mai 11 1/2 \mathcal{R} \mathcal{R} bez., 11 1/2 \mathcal{R} Br.
Spiritus fester, loco ohne Faß 19 1/2, 11 1/2, 20 \mathcal{R} bez., November 19 1/2, 20 \mathcal{R} bez., Frühjahr 20 1/2, \mathcal{R} bez., Br. u. \mathcal{R} bez.
Angemeldet. 200 Wpl. Roggen, 600 Ctr. Rüböl, 30,000 Quart Spiritus.
Regulirungspreise: Weizen 99, Roggen 72 1/2, Rüböl 11 1/2, Spiritus 19 1/2.

Stettin, den 1. November.

Ort	Tag	Preis	Ort	Tag	Preis
Hamburg	6 Tag	151 1/2 \mathcal{G}	St. Eörensbaum-O.	4	—
Amsterdam	2 Mt.	150 3/8 bz	St. Schauspielh.-O.	5	—
	8 Tag	143 1/8 \mathcal{G}	Pom. Chaussee-O.	5	—
	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag	6 25 bz	St. Strom-V.-A.	4	—
	3 Mt.	6 24 B	Pr. National-V.-A.	4	113 B
Paris	10 Tag	81 1/2 bz	Pr. Sec.-Assicuranz	4	—
	2 Mt.	—	Pomernia	4	113 G
Bremen	3 Mt.	—	Union	4	103 1/2 B
St. Petersburg	3 Wch.	93 \mathcal{G}	St. Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag	—	Ver.-Speicher-A.	5	—
	2 Mt.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4 1/2 %	N. St. Zuckersied.	4	—
Sts.-Anl. 54 57	4 1/2	—	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
	5	—	Bredower	4	—
St.-Schldsch.	3 1/2	—	Walzmühle	5	—
P. Präm.-Anl.	3 1/2	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
Pomm. Pfdbr.	3 1/2	—	St. Dampfschlepp-G.	5	—
	4	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
Rentenb.	4	—	Neue Dampfer-C.	4	85 B B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Germania	—	94 1/2
Berl.-St.E.A.	4	—	Vulkan	—	85 B
Prior.	4	—	St. Dampfmühle	4	101 G
	4 1/2	—	Pommerend. Ch.F.	4	—
Starg.-P.E.A.	4 1/2	—	Chem. Fabrik-Alt.	4	—
Prior.	4	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
St. Stadt-O.	4 1/2	96 B	Gemeinn. Bauges.	5	—